



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Ruge, E.: Die französische Polenpolitik seit dem Waffenstillstand

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Die französische Polenpolitik seit dem Waffenstillstand

Von E. Ruge



Am 8. Februar konnte man im *Petit Journal* einen kleinen, aber sehr instruktiven Aufsatz lesen mit der emphatischen Überschrift: „Parlons de la Pologne“, aus dem wir erfahren, daß am 5. Februar in den französischen Schulen aller Gattungen eine besondere Stunde über Polen eingelegt worden ist. Der Verfasser schildert uns eine solche leçon, der er selbst beigewohnt hat, in der begeistert von dem Heroismus der Polen gesprochen worden sei, von 1792 und 93, von 1830, auch von der Dankbarkeit Frankreichs gegen Polen; er unterläßt aber auch nicht zu erzählen, daß die Kinder, die er selbst über das Gehörte befragt habe, sehr wenig von all dem Vorgetragenen verstanden hätten; ein zehnjähriger Junge habe sogar nicht einmal etwas von der polnischen Schapta gewußt! Der Berichterstatter fügt hinzu, es sei besonders dankenswert, daß der Minister die kostenlose Verteilung der kurzen Broschüre über „Polen und Frankreich“, die das polnische Pariser Komitee herausgegeben hat, an französische Schüler zugelassen hat.

Früher, zur Zeit der Entente cordiale, gab es für Frankreich natürlich keine Polenpolitik in der Schule. Heute, wo alle ehemaligen Sympathien Frankreichs für das unterdrückte Polen zusammengefloßen sind mit dem Haß Polens gegen Deutschland, gibt es wieder eine aktive französische Polenpolitik mit positiven Zielen. Der Zusammenbruch Rußlands und die dadurch eintretende Entlastung Deutschlands im Osten zwang Frankreich zu einer aktiven Politik Polen gegenüber. Die allgemeine Entwicklung Deutschlands im vergangenen Jahre, besonders die günstigen Abstimmungsergebnisse in Westpreußen, nicht weniger die drohende bolschewistische Gefahr drängte das offizielle Frankreich zu immer aktiverer Polenpolitik. Nicht durch Worte, nicht durch Paragraphen, so sagte Clemenceau einmal, könne ein neuer Staat konstituiert werden, sondern nur durch Handlungen; man müsse an die Zukunft Polens glauben, wie der Pole selbst an die Zukunft seiner Rasse glaube, man müsse es schon um der französischen Interessen willen! Man wurde nicht müde zu erklären, daß diese französischen Interessen an Polen Lebensinteressen des französischen Volkes seien. Selbst sozialistische Kreise forderten einen starken polnischen Staat als Gegengewicht gegen das ihnen noch immer reaktionär erscheinende Deutschland. Daß es bei alledem Frankreich nicht so sehr auf ein wirklich freies Polen ankommt, sondern nur auf die brutale Vertretung der eigenen Interessen, ist nicht schwer zu zeigen.

Die Rolle, die Frankreich Polen zugebracht hat, schildert uns Keynes treffend in seinen „Wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrags“ (S. 238): „Polen soll stark, katholisch, militaristisch und treu sein, der Genosse oder wenigstens der Liebling des siegreichen Frankreichs, glücklich und prächtig zwischen der Asche Rußlands und den Trümmern Deutschlands.“ Vor allen Dingen soll das ideale Polen, wie Frankreich es sich denkt, ein antideutscher Staat sein. All seinen eigenen Haß gegen Deutschland sucht das offizielle Frankreich den Freunden an der Weichsel einzuimpfen und findet dort gewiß viele, die dieses Gift gern in sich aufnehmen. Auch hat man in Paris ein zu feines Organ für die Auswertung politischer Tatsachen, um nicht alle nutzbaren deutschen Torheiten aufzuspüren und,

effektiv beleuchtet, im richtigen Augenblick zu zeigen. Die Angst vor Deutschland, besonders die Angst vor seinem wirtschaftlichen Wiedererstarken beherrscht seit unserem Zusammenbruch die französische auswärtige Politik so vollständig, daß sie, wie überhaupt, auch für die französische Polenpolitik das Leitmotiv ist. Seit der Eröffnung der Friedenskonferenz im Januar 1919 bis heute ist es Frankreichs größte Sorge, daß Deutschland mit dem bolschewistischen Rußland zusammengehen könnte. Wie oft ist in der französischen Presse von einer geheimen Allianz zwischen Deutschland und Rußland die Rede gewesen, die, wie Pichon am 17. Juni 1919 bei der großen Kammerdebatte über die Vorgänge in Odessa sagte, nur den Zweck habe, ein gemeinsames Vorgehen gegen das geschwächte Polen zu ermöglichen. Darum hat Frankreich auch sehr oft recht deutlich zu erkennen gegeben, daß es in einen deutsch-polnischen Krieg sofort direkt eingreifen würde. Die Legende eines bevorstehenden Angriffskrieges von Deutschland auf Polen ist in Frankreich oft genug, so noch am 23. Dezember v. J. in der Pariser Kammer erzählt worden und hat an der Seine wie in Polen stets gläubige Gemüter gefunden. Sie war es, die schon im Februar 1919, als sich bei den eben erst eröffneten Pariser Verhandlungen die ersten großen Schwierigkeiten im Aufbau eines polnischen Staates nach französischem Geschmack ergaben, als es unwahrscheinlich wurde, daß auf dem Wege der Verhandlungen zwischen den Alliierten Polen die Westgrenze erhalten würde, die es im Interesse Frankreichs brauchte, die Legende vom bevorstehenden deutschen Angriff, sage ich, war es, die damals Clémenceau die sofortige Festlegung einer „Demarkationslinie“ fordern ließ. Er wußte zu genau, daß, solange eine französische Armee am Rhein stand, die Deutschen das, was sie einmal an die Polen ausgeliefert hatten, nicht zurück-erhalten würden, selbst wenn der endgültige Friedensvertrag es bestimmen sollte. Tatsächlich übernahm der Friedensvertrag die Demarkationslinie vom 16. Februar 1919 als polnische Westgrenze.

Um nämlich den französischen Interessen wirklich dienen zu können, mußte das neue Polen sofort auf eine breite territoriale Grundlage gestellt werden. Was war da wohl günstiger als die den französischen Chauvinisten besonders wohlthuende Phrase von der Wiederherstellung der historischen Grenzen! Dabei dachte man vor allem an die Grenze gegen Deutschland. Blickte doch auch Polen in dieser Zeit der Befreiung vom deutschen Joch hauptsächlich nach Westen. Die russische Knete hatte man ja lange genug nicht mehr gespürt, hatte wohl auch die von Osten her drohende Gefahr, die bis dahin von den deutschen Truppen ferngehalten worden war, nicht richtig eingeschätzt. Ehe man sich von der Aufhebung der deutschen Okkupation erholt und begriffen hatte, daß die so lang ersehnte Freiheit Wirklichkeit geworden war, hatte man den überaus günstigen Augenblick versäumt, den flüchtigen deutschen Truppen sofort nachzurücken. Selbst noch ohne tüchtige eigene Armee, sah man sich an der alten deutschen Grenze vor einer Schranke, die den Weg in die deutsch-polnischen Provinzen rücksichtslos versperrte. Hier konnte nur die Friedenskonferenz in Paris helfen. Und die Hilfe von dort mußte schnell kommen! Denn inzwischen regten sich die Bolschewisten im Osten, vor denen Polen offen dalag. Ja, durch die Wendung der Dinge in Deutschland hatten sie dort unerwartet einen Bundesgenossen gefunden. Alles deutete darauf hin, daß Deutschland auf dem besten Wege zum Sowjetstaat war. Die Lage im

Osten hatte sich also durch den Zusammenbruch Deutschlands völlig verändert, und zwar durchaus nicht zum Vorteil für die Entente. Am meisten empfand Frankreich diese Wendung. Man müsse einem Zusammengehen Rußlands mit Deutschland unbedingt zuvorkommen. Tauchte doch allgemein die kaum überwundene Angst vor dem „boche“ von neuem auf, der als Verbündeter der russischen Bestie noch gefährlicher erschien. Clémenceau sah ein, daß man schnellstens handeln müsse. Die Konferenz konnte noch kaum helfen. Auch waren dort gleich zu Anfang starke Antipathien und widerstreitende Interessen zutage getreten, so daß es ziemlich aussichtslos erschien, zu Beginn der Verhandlungen bereits etwas Positives für die Lösung des polnischen Problems durchzusetzen. Um eine provisorische Lösung im Sinne Frankreichs zu erreichen, bedurfte man aber sehr sinnfälliger Schreckmittel, die Clémenceau in der Legende vom deutschen Angriffskrieg auf Polen und mehr noch in der allgemeinen Furcht vor dem Bolschewismus fand. Wie groß die Sorge vor den russischen Roten Armeen war, ersieht man besonders deutlich aus der gesamten Entente-Prese in den ersten Monaten 1919; man fürchtete auch, daß ein Sieg des Spartakismus in Deutschland die Einleitung der Weltrevolution bedeuten könne und sah, daß die Verbindung beider Länder sicher allen Erwartungen ein Ende machen würde, die sich auf die wirtschaftlichen und finanziellen Friedensbedingungen gründeten. (Reynes S. 237.) Diese beiden Gründe rechtfertigten schnelles entschlossenes Handeln, wozu man die schwerfällige Friedenskonferenz gar nicht brauchte. Der Marschall Foch lauerte ja förmlich auf einen Wink; mit seiner Hilfe konnte man sofort erreichen, was nötig schien. Clémenceau ließ denn auch diese Waffe nicht ungenutzt. Bei der Waffenstillstandserneuerung im Februar 1919 stellte er als neue Forderung: „Die Deutschen müssen unverzüglich alle Offensivbewegungen gegen die Polen in dem Gebiet von Posen oder in jedem anderen Gebiet aufgeben. — Zu diesem Zweck wird ihnen untersagt, durch ihre Truppen überschreiten zu lassen“ folgende Linie . . .<sup>1)</sup> Die Festlegung dieser „Demarkationslinie“ bedeutete praktisch die Besignahme Posens durch die Polen. Liest man die Verhandlungen vom 14. bis 16. Februar zwischen Foch und Erzberger über diese Frage, so sieht man deutlich, daß der französische Marschall unbedingt gewillt ist, diese polnisch-französische Forderung durchzusetzen. Trotzdem wurde von Erzberger (oder von General v. Hammerstein, dem die Verhandlungen in der posenschen Frage auf Fochs Vorschlag übertragen wurden) damals ein großer Erfolg davongetragen. Hatten doch die Alliierten am 14. Februar sogar verlangt, daß auch aus Oberschlesien sämtliche deutschen Truppen zurückgezogen werden sollten,<sup>2)</sup> was wohl gleichbedeutend gewesen wäre mit dem Verlust Oberschlesiens, das ohne Abstimmung an Polen übergehen zu lassen einer der Hauptprogrammpunkte der französischen Polenpolitik war.

Dieser Versuch scheiterte. So mußte denn mit allen Mitteln darauf hingearbeitet werden, die sofortige Übergabe Oberschlesiens an Polen ohne jede Abstimmung im Friedensvertrage festzulegen. Man behauptete, die Stimmung in den Randgebieten sei so polenfreundlich, daß die Bevölkerung eine Abstimmung

<sup>1)</sup> Deutsche Waffenstillstandskommission, Drucksache Nr. 10, S. 7 ff.

<sup>2)</sup> Wato-Drucksache Nr. 11, S. 22 und Anlage 4.

überhaupt nicht wünsche, daß sie vielmehr ohne jedes Plebiszit an Polen übergehen wolle. Und Clemenceau erreichte tatsächlich, was er wollte. In dem Vertrage, der den Deutschen am 7. Mai vorgelegt wurde, war die Grenze so gezogen, daß Oberschlesien von Deutschland abgetrennt war.<sup>3)</sup> Nur durch die Zähigkeit der deutschen Delegation während der Verhandlungen im Mai und Juni bis zur endgültigen Unterzeichnung des Friedens und wohl auch durch die gerechte deutsche Sache wurde eine Änderung dieser Bestimmung erkämpft: die Alliierten gestehen die Abstammung in Oberschlesien zu. In ihrer umfangreichen Antwort vom 16. Juni heißt es: „... es mag zugegeben werden, daß Polen keinen gesetzlichen Anspruch (no legal claim) auf die Abtretung von Oberschlesien hat; es ist aber völlig falsch, ihm überhaupt keinen Anspruch zuzubilligen, der sich auf die Prinzipien des Präsidenten Wilson stützen könnte. In dem Gebiete, das abgetreten werden soll, ist die Mehrheit der Bevölkerung unstreitig polnisch. Jedes deutsche Nachschlagewerk, jedes deutsche Schulbuch zeigt den deutschen Kindern, daß die Einwohner ihrer Abstammung und ihrer Sprache nach Polen sind. Die alliierten Mächte würden gegen die Prinzipien, die die deutsche Regierung angenommen zu haben behauptet, verstoßen, wenn sie die Ansprüche der Polen auf dieses Gebiet unberücksichtigt ließen. — Die deutsche Regierung bestreitet indessen jetzt diese Sätze und behauptet, die Lostrennung von Deutschland stehe nicht in Einklang mit den Wünschen und den Interessen der Bevölkerung. Unter diesen Verhältnissen sind die Alliierten gewillt zu erlauben, daß die Frage von der Bevölkerung selbst entschieden wird. Sie haben daher beschlossen, daß dieses Gebiet nicht unmittelbar an Polen abgetreten werden soll, sondern daß Vorkehrungen für eine Abstimmung dort getroffen werden sollen...“ (Abs. VII). Der diesem Abschnitte über Oberschlesien angefügte erklärende Satz: „Die Wiederherstellung des polnischen Staates ist eine große historische Tat, bei der es nicht vermieden werden kann, manche alte Bande zu zerreißen...“ klingt fast wie eine Entschuldigung. Der Temps vom 26. Juni ist aufs höchste entrüstet über dieses Zugeständnis; er sagt, anstatt auf die deutschen Vorbereitungen zum Kriege gegen Polen mit der Entziehung aller Plebiszite zu antworten, gebe die Konferenz noch eins dazu! Reynes nennt diese Volksabstimmung in Oberschlesien „das wichtigste von den Zugeständnissen, die Deutschland in der Schlußnote der Verbündeten gewährt wurden“ (S. 66).

Durch den am 28. Juni unterzeichneten Vertrag war die Westgrenze Polens in der Hauptsache festgelegt. Oberschlesien und ein Teil von Ost- und Westpreußen sollte seinen Willen durch Abstimmung zum Ausdruck bringen. Der vergangene Sommer trug uns im nördlichen dieser beiden Gebiete einen gewaltigen Sieg ein. Welche Wirkung dieser Sieg auf Frankreich ausübte, weiß jeder. Es versuchte von da ab mit allen Mitteln, die Abstimmung in Oberschlesien zu einem polnischen Siege zu machen. Der Versuch, getrennte Abstimmung zu erzwingen, wurde aufgegeben. Die Pariser Beschlüsse vom Januar d. J. und die Londoner Konferenz beeinflussten genug. Reynes hat völlig recht, wenn er sagt: „Jede Ortschaft kann dadurch, daß sie für Polen stimmt, der Last der Kriegsschädigung und der zermalmenden Besteuerung entgehen, die die Abstimmung für Deutschland

<sup>3)</sup> Art. 27, Abs. 7 (s. Ausgabe der Deutschen Liga für Völkerbund, S. 19 u. die Karte)

zur Folge hat. Das ist nicht zu vergessen. Andererseits könnte der bankrotte Zustand, so fährt Keynes fort, und die Unfähigkeit des neuen polnischen Staates die abschrecken, die eher aus wirtschaftlichen als aus Rassegründen (für Polen) zu stimmen geneigt wären. Man hat auch darauf hingewiesen, daß die Lebensbedingungen, was Hygiene und soziale Gesetzgebung betrifft, in Oberschlesien unvergleichlich besser sind als in den angrenzenden Gebieten Polens, wo eine ähnliche Gesetzgebung noch in den Kinderschuhen steckt.<sup>4)</sup> Die Abstimmung vom 20. März hat eine entschiedene deutsche Mehrheit ergeben. So muß denn der Friedensvertrag erhalten, um eine für Polen günstige Grenze zu schaffen (§ 5 der Anlage zu Art. 88). Das Ziel ist, Deutschlands Kohlenförderung zu treffen.<sup>5)</sup> Die Abtrennung Oberschlesiens von Deutschland soll besiegeln, was so viele Franzosen von Herzen wünschen: den völligen Zerfall Deutschlands. Sagte doch Gabriel Hanotaux einmal ganz offen, die eigentliche Schwäche des Vertrags bestehe darin, daß er ein einiges Deutschland bestehen lasse.<sup>6)</sup> Diese Loslösung Oberschlesiens von Deutschland, die man heute mit allen Mitteln in Paris betreibt, sucht Frankreich auch dadurch zu erreichen, daß es immer wieder hervorhebt: Polen brauche die obereschlesischen Gruben unbedingt für die Entwicklung seiner Industrie. Keynes, der allerdings gerade kein Freund Polens ist, ist da ganz anderer Ansicht, wie aus den „Wirtschaftlichen Folgen“ und noch deutlicher aus der Broschüre: „Der Friedensvertrag von Versailles“ hervorgeht. Er sagt, Polen brauche die Gruben, die für das deutsche Wirtschaftsleben wesentlich seien, nicht, es könne ohne Zuschuß aus Oberschlesien seinen Bedarf durch bessere Ausbeutung seiner eigenen, noch nicht wissenschaftlich betriebenen Gruben oder aus den von ihm jetzt annektierten westgalizischen Gruben befriedigen.<sup>7)</sup> So sehr man nun in Frankreich wünscht, Oberschlesien von Deutschland abzutrennen, so wenig geschieht das im eigentlichen Interesse Polens. Denn einen Aufbau der polnischen Industrie wollen die Franzosen durchaus nicht; das hieße ja, sich eine Konkurrentin selbst heranziehen! Dagegen würde das obereschlesische Kohlengebiet in polnischen Händen den jungen Staat zu einem wertvollen Ausbeuteobjekt machen; es würde Polen, dessen trostlose Finanzlage man an der Seine allzu genau kennt, auch etwas zahlungsfähiger machen, worauf die Franzosen großen Wert legen, nachdem sie in Rußland so viele Milliarden eingebüßt haben. Nachdem alle bisherigen, scheinbar auf den Friedensvertrag gestützten, Versuche nicht zum Ziele führten, wurde dann im Einverständnis mit Korfanty und polnischer Regierung der Aufstand in Szene gesetzt.<sup>8)</sup>

Ähnlich wie die obereschlesische Frage behandelte Frankreich auch die Danziger Frage. Auch hier war das Ziel: sofortige Abtrennung von Deutschland ohne irgendwelche Abstimmung. Dieses Ziel wurde durch den Friedensvertrag voll erreicht (Art. 100 bis 108). Es ist recht wahrscheinlich, daß der Abtransport der Hallerischen Regionen über Danzig, wie er von Foch im März 1919

4) Wirtschaftliche Folgen, S. 66 Anm.

5) Keynes: Friedensvertrag von Versailles S. 22.

6) Revue des Deux mondes, 15. August 1919, S. 756 u. 797.

7) W. F., Seite 68 Anm.

8) Siehe „Grenzboten“, Heft 19.

auf Grund des Artikels XVI des Waffenstillstandsabkommens gefordert wurde, auf eine Besetzung der Stadt durch diese Truppen hinausgelaufen wäre. Aus den Verhandlungen, die seit dem 5. März 1919 geführt wurden,<sup>9)</sup> geht mit Sicherheit hervor, daß die von den Alliierten offenbar ganz unerwartet gestellte Forderung<sup>10)</sup> zum Ziele hatte, was Paderewski bei seiner Anwesenheit in Danzig im Dezember 1918 unverblümt ausgesprochen hatte: „Wenn die polnischen Divisionen aus Frankreich und Italien erst einmal in Danzig sind, so werden Danzig und ganz Westpreußen polnisch werden.“<sup>11)</sup> Hätten die Engländer sich nicht sehr ablehnend gegen Clemenceaus Danziger Politik verhalten, so hätte die deutsche Weigerung schwerlich viel genützt. Bezeichnend aber ist, daß der Marschall Foch, obwohl er am 3. April ausdrücklich erklärte, seine Forderung entspreche völlig der Rechtsgrundlage des Artikels XVI, auch könne er eine andere Auslegung<sup>12)</sup> des Artikels nicht annehmen, ja hinzusetzt, dies sei ein formeller Beschluß der alliierten und assoziierten Regierungen und auch die Meinung des Präsidenten Wilson, trotzdem nicht abgeneigt ist, seine Forderung fallen zu lassen.<sup>13)</sup> Dieser Schritt war also gescheitert. So mußte der Friedensvertrag die Lösung bringen. Das Ziel, ein Eingangstor nach Polen sich zu öffnen, durch das sie ihre Verblüdeten schnell mit Waffen, Munition und nötigenfalls mit Truppen unterstützen könnten, ließen die Franzosen nicht aus den Augen. Sie sahen in Danzig weniger eine Handelsstadt, die dem jungen polnischen Staate zu überlassen sei, um seine wirtschaftliche Entwicklung zu fördern; sie sahen vielmehr in ihr — und trugen das gern schwungvoll vor — die ehemals polnische Stadt, die aus historischen Gründen, um „das größte Verbrechen der Geschichte wieder gut zu machen“,<sup>14)</sup> den Deutschen genommen werden müsse. Danzig war für sie eine rein polnische Stadt, die ebenso wie das „polnische“ Westpreußen den Polen zukomme. Aber auf der Konferenz war es durchaus nicht allgemein anerkannt, daß Danzig eine polnische Stadt sei, vielmehr bekämpften die Engländer und Amerikaner diese Auffassung ziemlich scharf, ohne deshalb etwa Danzig den Deutschen lassen zu wollen. Der Kompromiß, der geschlossen wurde,<sup>15)</sup> bestimmte, ohne die Stadt auch nur im geringsten über ihr eigenes Schicksal zu befragen, die Abtrennung von Deutschland und den ziemlich engen Anschluß an Polen, woran auch alle deutschen Proteste nichts haben ändern können.

Damit ist die deutsche Seite der französischen Polenpolitik in der Hauptsache erschöpft. Es bleibt uns noch die russische. Polen fand in seinem Gegensatz zu Rußland einen guten Verbündeten in der allgemeinen Furcht vor dem Bolschewismus, der die Pariser Konferenz und insbesondere die Franzosen beherrschte. Die Polenpolitik, die man am Quai d'Orsay seit 1917 trieb, trägt einen ent-

<sup>9)</sup> Dt. Wato, Drucksache Nr. 16.

<sup>10)</sup> Note Hammersteins an Rubant v. 8. 3. 1919 I. c. S. 7.

<sup>11)</sup> Dt. Regierung an Rubant, 28. 3. 1919 I. c. S. 12.

<sup>12)</sup> Auffassung der dt. Regierung: „Sandungen polnischer Truppen sind mit Art. XVI nicht vereinbar.“ Druckf. Nr. 16, S. 7.

<sup>13)</sup> I. c. S. 15.

<sup>14)</sup> Revue des Deux mondes, 15. 8. 19, S. 778 (G. Hanotaux).

<sup>15)</sup> Fr. V, Art. 100 bis 108, und Abkommen vom 18. 11. 20 zwischen Polen und Danzig.

schiedenen antibolschewistischen Zug, aus dem heraus sie den Polen nicht ungern einen gewissen Imperialismus zugesteht. Frankreichs zäher Kampf gegen das bolschewistische Rußland, in dem die Polen nichts weiter waren als ein für französische Interessen kämpfender und blutender Stoßtrupp, verleitete die Polen zu dem Glauben, der große Bruder im Westen billige den polnischen Imperialismus, während doch in Wahrheit Frankreich durch Niederwerfung des Bolschewismus nichts anderes erstrebte als die Wiederaufrichtung eines starken Rußlands, um einen mächtigen Bundesgenossen gegen Deutschland zu haben. So zeigte es in den letzten Jahren auch durchaus keine antirussische Tendenz (nur eine antibolschewistische!), was bei der typisch antideutschen Einstellung der französischen Politik ja auch nicht verständlich wäre. Natürlich werden diese nationalistischen französischen Interessen geschickt maskiert mit Redewendungen vom Kampfe um die Kultur usw. Man müsse, sagte Clemenceau am 23. Dezember 1919, einen Stachelndraht um das bolschewistische Rußland ziehen und denkt dabei neben einem starken Polen, das er ausdrücklich erwähnt, an die Reihe der anderen Randstaaten. Polen erscheint in diesem ganzen Spiele als ein raffiniert gesetzter, außerordentlich wichtiger Stein, der Frankreichs offene Flanke im Osten decken sollte. Die Anzeichen mehrten sich, daß Polens hochpolitische Rolle, die es für Frankreich seit dem Waffenstillstand gespielt hat, zu Ende geht. Pilsudskis Mißerfolg in Paris und die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zu Sowjetrußland kündeten eine Neuorientierung der französischen Politik im Osten an. Gewiß haben die Polen durch ihre sinnlose imperialistische Politik, durch Extratouren, wie den Überfall Wilnas im Oktober v. J. durch General Żeligorski, sich manche Sympathien in Frankreich verschert, aber bestimmend für Frankreich ist eben doch sein eigenes Interesse. Die doppelte Tendenz der französischen Polenpolitik seit dem November 1918, antideutsch und antibolschewistisch, herausgeboren aus einer völlig unklaren Lage im Osten, wie sie der Zusammenbruch Rußlands gebracht hatte, war auf die Dauer unmöglich. Die Klärung der östlichen Verhältnisse hat auch am Quai d'Orsay klärend gewirkt: die bisherige antideutsche und antibolschewistische Polenpolitik ist im Begriff, sich umzustellen zu einer reinen antideutschen Ostpolitik Frankreichs.

